

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 55/2 (2024), 149-155

DOI: 10.60684/msg.v55i2.77

Robert Obermair

Paris Lodron Universität Salzburg

**Leitrezension: Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen,
Institutionen, Wirkungen**

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).
Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte
sind gesondert abzuklären.

© Robert Obermair 2024



Robert Obermair

Leitrezension: Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen

Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen, hrsg. Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, 4 Bde., München 2023. 1304 Seiten. ISBN: 978-3-7774-4114-6.

1. Einleitung

Im Nationalsozialismus war Baupolitik kein Selbstzweck, sondern eng mit der Ideologie und Herrschaftspraxis des Regimes verknüpft. Dennoch blieb das öffentliche Interesse an einer Aufarbeitung dieses Themenkomplexes lange Zeit mehr als überschaubar. Nur einzelne Monumentalbauten und vor allem die schillernde Figur Albert Speer sorgten für Irritationen und teils (mediale) Aufregung. Das äußerst umfangreiche Forschungs- und vierbändige Buchprojekt „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ nimmt sich dieser eklatanten Wissens- und Bewusstseinslücke an.

Das reich gebildete und überhaupt ausnehmend schön gestaltete Werk wurde von der Unabhängigen Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, bestehend aus Wolfgang Benz, Tilman Harlander, Elke Pahl-Weber, Wolfram Pyta, Adelheid von Saldern, Wolfgang Schäche und Regina Stephan, herausgegeben. Diese interdisziplinäre Kommission wurde 2017 vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorschutz einberufen, um die NS-Vergangenheit des eigenen Amtes zu untersuchen, und reiht sich damit in einen Aufarbeitungsprozess der deutschen Ministerien ein, der Anfang der 2000er mit dem Auswärtigen Amt seinen späten Beginn gefunden hatte. Das vorliegende Projekt ist aber insofern besonders, als die Kompetenzen für Planen und Bauen während der NS-Herrschaft nicht in einem einzelnen Ministerium gebündelt waren, wodurch im Rahmen dieses groß angelegten Forschungsprojekts ein breites Spektrum an Organisationen und Akteuren in den Blick genommen wurde.

Um diesem breiten Forschungsfeld Rechnung zu tragen, wurden 15 Teilprojekte durchgeführt, deren Bearbeiter*innen aus der Architektur, Sozialwissenschaft, Stadtplanung, Kunstgeschichte und Geschichtswissenschaft stammen. Die jeweiligen Projektergebnisse bilden den Kern des Buches und werden in 15 umfangreichen Beiträgen präsentiert.

2. Zentrale Erkenntnisse

Die NS-Ideologie zielte auf die absolute Kontrolle – die Herausgeber*innen sprechen in diesem Kontext von „Unterwerfung“ (Bd. 1, S. 6) – ab, die sowohl den Menschen als auch den (Lebens)raum umfasste. Planung und Baumaßnahmen dienten in diesem Sinne nicht nur der funktionalen Gestaltung des Raumes, sondern waren eng mit der rassistischen und radikalnationalistischen Weltanschauung des Regimes verknüpft. Diese Tatsache wurde nach 1945 nur mit wenigen zentralen Repräsentationsbauten des Regimes in Verbindung gebracht – allein sie galten als kontaminiert, die übrigen baulichen Überreste des breit angelegten nationalsozialistischen Bauprogramms, das sich von einzelnen Wohn- und Verwaltungsgebäuden bis zur Neugestaltung beziehungsweise zum Bau ganzer Städte erstreckte, wurden lange Zeit als weitgehend „unbedenklich“ wahrgenommen.

Die Historikerkommission versteht Planung hingegen klar als Herrschaftsinstrument des NS-Regimes, wobei auch deutlich gemacht wird, dass dies per se kein Novum darstellte. Allerdings eröffneten die Abschaffung rechtsstaatlicher Prinzipien, verknüpft mit den zunächst großen territorialen Raumgewinnen infolge des Angriffskriegs, den Nationalsozialisten gewaltige Handlungsspielräume in ihrer ideologisch motivierten Raumplanung. Wie der Band detailliert zeigt, wurde dabei nicht nur versucht, Raumgestaltung zu optimieren, sondern in dem Zusammenhang auch der Etablierung der NS-„Volksgemeinschaft“ gearbeitet, deren Heilsversprechen einer harmonischeren Gesellschaft mit der nationalsozialistischen Raumplanungspolitik verwoben war. Damit verbunden wird überzeugend argumentiert, dass Planung und Herrschaft im Kontext der NS-Ideologie mit einem „radikalen rassenbiologischen Ordnungsdenken“ in Zusammenhang standen, das sowohl die „ordentliche“ räumliche Neugestaltung miteinschloss, als auch die „ordnungsgemäß“ (Bd. 1, S. 8) durchgeführte Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Letztere war mit dem Themenkomplex Bauen und Planen nicht nur in dieser Hinsicht verwoben, sondern etwa auch durch die Lagerarchitektur und die mit der nationalsozialistischen Baupolitik eng verknüpfte Zwangsarbeit.

Unter der Prämisse, dass sich am Beispiel der NS-Baupolitik besonders eindrücklich die Strukturen der „Neuen Staatlichkeit“ der NS-Governance aufzei-

gen lassen, werden die handelnden Akteure und Organisationen im Detail beleuchtet. Besonderes Augenmerk wird dabei auch auf die Frage nach einem personellen und konzeptionellen Erbe der NS-Zeit in der Nachkriegszeit gelegt, etwa bei den Beamten der ehemaligen Reichsbauverwaltung. Im Fokus stehen damit sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR und damit nicht zuletzt lange Zeit unhinterfragte und wohl oftmals vergessene Kontinuitäten der nationalsozialistischen Staats- und Parteiarchitektur im öffentlichen Raum. Auf Forschungen aus dem Feld der Material Culture Studies aufbauend wird dabei durchaus überzeugend argumentiert, dass gerade dem Erbe der NS-Baupolitik aufgrund seiner Materialität das Potenzial innewohne, Vergangenes strukturell nachhaltiger zu speichern als individuelle Erinnerungen von Zeitzeug*innen. Demensprechend sehen die Herausgeber*innen in einer erinnerungspolitisch aufgewerteten Denkmalpflege eine Möglichkeit, das nahende Ende der Zeitzeug*innenschaft des Nationalsozialismus mit neuen Formen der Erinnerung zumindest teilweise zu kompensieren.

3. Kurzer inhaltlicher Überblick

Der schiere Umfang dieses Monumentalwerks erlaubt es nicht, im Detail auf die einzelnen Beiträge und die damit verbundenen Erkenntnisgewinne einzugehen. In der Folge soll dennoch zumindest ein grober Überblick über die einzelnen Forschungsarbeiten der vier Bände gegeben werden.

Nach einer umfassenden und ebenfalls kenntnisreichen Einführung der Herausgeber*innen, deren pointierte Beobachtungen und verdichtete Gesamtschau des nationalsozialistischen Bauens für sich allein bereits den Mehrwert dieser Studie verdeutlichen, werden in Band I die Ergebnisse von fünf Teilprojekten präsentiert. Paul SIGEL beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der nationalen und internationalen Präsentation der NS-Baupolitik, wobei er nicht nur die Zielrichtung dieser (Propaganda-)Bemühungen in den Blick nimmt, sondern auch ein besonderes Augenmerk auf die entsprechenden Vermittlungsstrategien legt. Seine generellen Überlegungen unterfüttert er dabei in gelungener Weise mit zahlreichen aussagekräftigen Einzelbeispielen. Daran anschließend nehmen Benedikt GOEBEL und Jörg RUDOLPH die Reichsbauverwaltung in den Blick. Neben einer detaillierten Analyse von deren Organisation und Kompetenzen bieten sie einen chronologischen Überblick über die wichtigsten Bauvorhaben. Sie kommen dabei zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass das Gros der Neubauten während der NS-Zeit nicht im Zuständigkeitsbereich der Reichsbauverwaltung lag. Der Beitrag zeigt somit exemplarisch das auch im Baubereich polykratische Herrschaftssystem (ein Erklärungsmuster, das von den einzelnen Autor*innen dieses Werks unterschiedlich bewertet wird) des NS-Staa-

tes auf. Rainer SCHMITZ und Johanna SÖHNINGEN verorten den Themenkomplex Bauen und Planen im Kontext der NS-„Rassenideologie“ und der damit verbundenen ideologischen Versatzstücke wie Heimatschutz und Argrarrantik, nicht zuletzt auch entlang der Konfliktlinie (Groß-)Stadt und ländlicher Raum. Sie zeigen dabei auch personelle und konzeptionelle Kontinuitäten in die Nachkriegszeit auf, plastisch etwa am Schreckbild des „gemeinschaftszersetzenden“ Molochs der Großstadt. Der Beitrag von Christopher KOPPER rückt konkrete Bautätigkeiten im infrastrukturellen und militärischen Bereich, zentral die noch nach 1945 oft positiv konnotierte Reichsautobahn, aber auch etwa den Westwall oder Kasernenbauten in den Fokus. Er kommt dabei unter anderem zu dem etwas widersprüchlichen Schluss, dass es Fritz Todt zwar gelungen sei, die ausführenden Ingenieure und Architekten auf ein einheitliches Leitbild für die Reichsautobahn einzuschwören, dass deren Erscheinungsbild allerdings doch stilistisch vielfältiger ausgefallen sei, als von der NS-Propaganda behauptet. Der für das NS-Regime so zentralen „Raumfrage“ nähern sich Alexa STILLER und Karl R. KEGLER mit ihrem Beitrag „Raumplanung und Gewalt“. Der Titel beschreibt nicht nur dessen Schwerpunkt, sondern steht auch sinnbildlich für die NS-Expansionspolitik und den damit betriebenen gewaltsamen Landraub gerade im „Osten“. Der völkisch-imperialistischen Raum- und Siedlungspolitik in diesem Gebiet widmen die Autor*innen das Hauptaugenmerk ihrer Untersuchung, die sich nicht zuletzt auf die umfassende Auseinandersetzung mit zahlreichen aussagekräftigen Karten stützt. Dabei unterstreichen sie die zentrale Bedeutung von Raumplanern, deren Arbeiten den NS-Entscheidungsträgern die „Machbarkeit“ ihrer Besatzungs- und Besiedlungspolitik versprochen.

Band II beginnt mit einer dezentral konzipierten Auseinandersetzung Sylvia NECKERS mit der nationalsozialistischen Wohnungspolitik im Kontext der propagierten „Volksgemeinschaft“ am Beispiel von 12 konkreten Projekten. Sie richtet dabei den Blick auch über die Grenzen des heutigen Deutschlands hinaus und charakterisiert etwa die Ergebnisse der NS-Baupolitik in Linz (Österreich) als Demonstration „gebauter NS-Volksgemeinschaft“. Necker kommt zu dem Schluss, dass die nationalsozialistische Wohnungspolitik vielfältiger war als oftmals dargestellt und erklärt dies überzeugend mit der multilateralen Struktur von Staat und Partei. Auch Michael HABEN widmet sich dem Thema Wohnen, wobei er einen Fokus auf die Finanzierung des Wohnbaus und die Bauherren und Bauträger legt. Er zeichnet dabei ebenfalls heterogene Entwicklungen nach und sieht mit Blick auf die (personellen) Kontinuitäten in diesen Bereichen zurecht noch großen Forschungsbedarf. Der darauffolgende Beitrag muss eigentlich als Sammelband innerhalb des Sammelbandes klassifiziert werden, umfasst „Städtebau und Politik: Altstadterneuerung und Bau neuer Städ-

te“ doch selbst Kapitel von Christoph BERNHARDT und Harald BODENSCHATZ (federführend) und darüber hinaus von Christine BEESE, Christiane POST, Andreas PUTZ, Kerstin THIELER, Malte THIESSEN und Phillip WAGNER. Das Forschungsinteresse ist dementsprechend breit: So werden nicht nur die diesbezüglichen NS-Politiken im transnationalen Kontext verortet, sondern auch deren chronologische Entwicklung analysiert und Fragen von Entrechtung, Raub und Verfolgung in Bezug auf den NS-Städtebau thematisiert. André DESCHAN rückt sodann spezifisch Neugestaltungsstädte, wie Linz, Nürnberg oder Weimar, in den Fokus, wobei er seine Ausführungen chronologisch mit Architekturvisionen Adolf Hitlers in den 1920ern beginnt und auch die diesbezüglichen Entwicklungen der Nachkriegszeit explizit in den Blick nimmt. Er macht dabei deutlich, dass der NS-Städtebau insgesamt, und gerade auch die Neugestaltung dieser ab 1936 dezidiert von Hitler persönlich ausgewählten Städte, allein durch die von der NS-Diktatur geschaffenen Rahmenbedingungen wie Zwangsverkäufe, Enteignungen und Umsiedlungen überhaupt umsetzbar war. Angelika KÖNIGSEDER rückt die Bautätigkeit im NS-Lagersystem in den Fokus, wobei sie sowohl die Bauarbeiten als auch die Bauten selbst überzeugend – wenn gleich“ in dieser Grundaussage nicht wirklich neu – als Manifestationen von Zwangsmaßnahmen und Terror versteht. Sie beschäftigt sich dabei nicht nur mit Konzentrations- und Vernichtungslagern, sondern auch mit offenen Mordstätten, „Zigeuner“- und Zwangsarbeiterlagern. Als eine ihrer zentralen Erkenntnisse ist hervorzuheben, dass nicht zuletzt auf Basis jahrhundertelanger Vorurteile gerade die „Zigeunerlager“ oft auf kommunale Initiative entstanden – eine Beobachtung, die einmal mehr die Handlungsspielräume am unteren Ende der NS-Hierarchie unterstreicht. Thematisch ähnlich angelegt ist der Beitrag von Mario WENZEL, der sich mit der Planung und Umsetzung von Zwangsarbeiterlagern und Ghettos im „Osten“ auseinandersetzt. Anhand bekannter Beispiele, wie etwa dem Ghetto Litzmannstadt, aber auch weniger bekannter Lager und Ghettos untersucht er dabei das Zusammenspiel staatlicher und ziviler Akteure mit NS-spezifischen Institutionen. Was in fast allen Beiträgen des Werks anklingt, wird hier noch einmal besonders deutlich: der der NS-Bautätigkeit zugrunde liegende radikale Verfügungs- und Geltungsanspruch sowie die damit verbundenen Konsequenzen, gerade für die Bevölkerung in den eroberten Gebieten im „Osten“.

Band III fokussiert zeitlich auf die Nachwirkungen des NS-Regimes. So setzen sich Georg WAGNER-KYORA und Clemens ZIMMERMANN mit der Wohnungspolitik und dem Städtebau im Westen auseinander. Sie nehmen dabei die direkten Folgen des vom NS-Staat entfesselten Kriegs in den Blick, dessen zerstörerisches Erbe die (west-)deutsche Wohnpolitik vor immense Herausforderungen stellte. In diesem Zusammenhang fragen sie unter anderem nach perso-

nellen Kontinuitäten und zeigen auf administrativer Ebene gravierende Unterschiede der Besatzungspolitiken auf. Die Autoren plädieren insgesamt für eine Betrachtung der Wohnungspolitik im Zusammenspiel von Besatzungsmächten, Kommunen, Ländern und Bund, statt einer Fixierung auf eine dominante Zentralstaatlichkeit.

Frank BETKER und Harald ENGLER (unter Mitarbeit von Christoph BERNHARDT und Tanja SCHEFFLER) bieten eine vergleichbare Untersuchung von Kontinuitäten und Brüchen im Bereich des Wohnungs- und Städtebaus für das östliche Nachkriegs-Deutschland. Sie kommen dabei zu dem Schluss, dass insgesamt die Systembrüche zur NS-Zeit deutlich überwogen, wenn auch Anspruch und Wirklichkeit gerade in der Wohnungspolitik oft weit auseinanderklafften. So beschreiben sie etwa ab 1948/49 in Bezug auf den zunehmenden Zentralismus und die diesem innewohnenden Konkurrenzmuster strukturelle Ähnlichkeiten zum NS-System. Auch auf personeller Ebene zeichnen sie Kontinuitäten aus dem NS-Regime nach, weisen allerdings auf eine deutlich geringere Zahl NS-belasteter Akteure als im westdeutschen Vergleichsraum hin. Claudia BÜTTNER widmet sich dem treffend als „lästig“ bezeichneten materiellen Erbe der NS-Zeit in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten und legt dabei bewusst einen Fokus auf bauliche NS-Hinterlassenschaften abseits der bekannten Monumentalprojekte. Bis in die späten 1970er-Jahre – so die Autorin – hinkte der Umgang mit diesem baulichen Erbe gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Erinnerungspolitik hinterher. Sie beschreibt eine halbherzige baubezogene Entnazifizierung, die nicht zuletzt durch die dringende (wirtschaftliche) Notwendigkeit, zahlreiche dieser Bauten weiterhin zu nutzen, bedingt war. Der Band schließt mit einer vergleichsweise knappen regionalhistorischen Tiefenbohrung von Emanuel HÜBNER, der am Beispiel Westfalen das NS-Bauerbe sehr praxisbezogen im Lichte der Denkmalpflege diskutiert.

Der ergänzende Band IV beinhaltet neben einigen allgemeinen Informationen zum Buch hilfreiche Kurzbiografien aus allen 15 Forschungsprojekten und ein umfangreiches Personen- und Ortsregister.

4. Abschließendes

Das vorliegende Werk ist sicherlich nicht für ein breiteres Publikum intendiert, da es großes Vorwissen voraussetzt und überaus detailreich ist. Insofern es um die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einer öffentlichen Institution geht, ist das zu bedauern. Für die Wissenschaft ist es allerdings ein äußerst gewinnbringendes Grundlagen- und Nachschlagewerk, das es nicht zuletzt ermöglicht, die in letzter Zeit zu diesem Themenkomplex immer häufiger erscheinenden Regionalstudien in einem breiteren Kontext zu verorten. Die einzelnen Beiträge

sind nicht nur in ihrer Länge, sondern auch in ihrer Konzeption teilweise sehr unterschiedlich ausgefallen. So fällt besonders die Diskrepanz zwischen zuweilen sehr deskriptiven und akribischen Rekonstruktionsversuchen und tiefgehenden analytischen Ausführungen auf. Dies schmälert aber keinesfalls den Erkenntnisgewinn, sondern macht die Lektüre des opulenten Werks abwechslungsreicher. Besonders hervorzuheben ist die Einleitung, mit der eine bemerkenswert verdichtete und pointierte Zusammenschau der Inhalte und Ergebnisse dieses umfangreichen Forschungsprojekts gelungen ist und die wohl auf lange Sicht einer der meistrezipierten und -zitierten Texte zum Themenkomplex Planen und Bauen im Nationalsozialismus sein wird.

Robert Obermair studierte Geschichte und Englische Sprache und Literatur in Salzburg und Leicester, promovierte 2021 im Bereich Zeitgeschichte und arbeitet derzeit als Post-Doc im Bereich Public History an der Universität Salzburg. Darüber hinaus ist er an verschiedenen Forschungsprojekten mit Bezug auf die Zeit des Austrofaschismus, des Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit beteiligt und arbeitet als Programmkoordinator für ERINNERN:AT.

Aktuelle Publikationen: Oswald Menghin (1888 – 1973). Science and Politics in the Age of Extremes, Berlin/Boston 2024; From Centre to Periphery and Beyond: The History and Memory of National Socialist Camps and Killing Sites, Berlin 2024 (Hrsg. zusammen mit Jonathan Zisook u. a.).

robert.obermair@plus.ac.at